



merics

Mercator Institute
for China Studies

China Monitor

Nummer 16 | 29. August 2014

Wachsendes Rechtsbewusstsein ohne Scheu vor Konflikten:

Chinas Bürger fordern Abwehrrechte gegenüber staatlichen Eingriffen ein

von Zhu Yi

ZENTRALE BEFUNDE UND SCHLUSSFOLGERUNGEN

- Die chinesische Führung strebt nach einem effektiveren Justizsystem. Das Ziel der aktuellen Justizreformen ist jedoch nicht Rechtsstaatlichkeit, sondern eine Stärkung der Justiz als Herrschaftsinstrument.
- Mit dem Ausbau der Justizinstitutionen, einem höheren Bildungsniveau und der Vermehrung von Privateigentum seit den 1990er Jahren hat sich in der chinesischen Gesellschaft ein neues Rechtsbewusstsein entwickelt. Immer mehr chinesische Bürger fordern Schutz- und Abwehrrechte gegenüber staatlichen Eingriffen und Projekten ein.
- Die von der neuen Parteiführung eingeleiteten Schritte zur Professionalisierung der Gerichtsbarkeit fördern weder die Unabhängigkeit noch das Berufsethos von Richtern. Denn die Richter bleiben der Parteidisziplin und politischen Vorgaben unterworfen.
- Gleichzeitig geht die Regierung gegen Bürger vor, die Verfassungsstaatlichkeit einfordern. Diese Maßnahmen entspringen der Verunsicherung über das gewachsene Rechtsbewusstsein in der Bevölkerung.
- Wenn die Regierung den Forderungen nach glaubwürdigen Abwehrrechten und gesicherten Rechtswegen nicht nachkommt, werden Konflikte auch in Zukunft außergerichtlich ausgetragen. Somit werden soziale Proteste weiter zunehmen.

Zentrale Ereignisse in der Entwicklung bürgerlicher Rechte in China (2003-2013)



1 Chinas Rechtentwicklung: Ein Schritt vor, zwei zurück?

Im Juli 2014 gab die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) bekannt, „Regieren durch Gesetze (依法治国)“ sei das Thema des im Oktober 2014 stattfindenden 4. Plenums des 18. Zentralkomitees. Erstmals rückte die chinesische Führung damit das Recht als alleiniges Thema in den Fokus eines Plenums. Bereits Anfang 2014 hatte Staats- und Parteichef Xi Jinping umfassende Justizreformen angekündigt (s. **MERICs China Monitor Nr. 7**). Als „bahnbrechend“ feierten Staatsmedien auch die geplanten Maßnahmen zur Professionalisierung der Richter und Schritte gegen die Einflussnahme lokaler Kader auf Gerichtsverfahren. Doch gleichzeitig berichten in- und ausländische Beobachter von verstärkten Repressalien gegen Journalisten, Rechtsanwälte und Bürgerrechtler. Staatliche Repressionen gegen die eigene Bevölkerung seien 2013 so hart wie schon lange nicht mehr ausgefallen, urteilten internationale Menschenrechtsorganisationen wie „Human Rights Watch“ oder „Freedom House“.¹ Diese Tendenz der politischen Verhärtung setzt sich auch im Jahr 2014 fort.²

Chinesische Rechtsexperten äußern sich besorgt über neue, rechtlich problematische Vorgehensweisen des Staates gegenüber unliebsamen Kritikern:

Übersicht 1: Staatliche Maßnahmen seit Sommer 2013 und deren rechtliche Problematik

Staatliche Maßnahme	Rechtliche Problematik
Verschärfte Repressalien gegen Meinungsäußerung im Internet (Sperrung von Nutzerkonten, Verhaftungen, Verwarnungen)	Verstöße gegen die Zusage von Meinungsfreiheit in der Staatsverfassung
Öffentliche Demütigung von Tatverdächtigen in Untersuchungshaft durch „Geständnisse“ im Fernsehen	Verstoß gegen Strafprozessordnung (während der Untersuchungshaft genießen Verdächtige besondere Schutzrechte und dürfen nicht vorverurteilt werden)
Gerichtliche Auslegung gesetzlicher Bestimmungen zu „Verleumdungen“ und anderen Straftatbeständen im Cyberspace	Umgehung der Gesetzgebungskompetenz des Nationalen Volkskongresses durch gerichtliche Neuauslegung und Erweiterung strafrechtlicher Regelungen
Verhaftungen von Bürgerrechtlern wegen „Erregung öffentlichen Ärgernisses“	Rechtlich ungeklärte Definition des „öffentlichen Raumes“ bei Internetnutzung oder bei Treffen von Gruppen in Privatwohnungen
Polizisten sind autorisiert, bei der Bekämpfung von „Terrorakten“ eigenständig über Schusswaffeneinsatz zu entscheiden	Präzisierung des Schusswaffeneinsatzes fehlt im Polizeigesetz

Diese Diskrepanzen zwischen Fortschritten in der Rechtsreform einerseits und Rückschritten in der Rechtspraxis andererseits legen nahe, dass die derzeitigen Reformbemühungen der Regierung in Beijing nicht auf Rechtsstaatlichkeit zielen, sondern lediglich die Justiz als Herrschaftsinstrument stärken sollen.

2 Recht als Herrschaftsinstrument

2.1 „Starker Staat, schwaches Volk“

Chinas Regierungsvertreter verwenden bei internationalen Begegnungen den englischen Begriff „rule of law“ für „依法治国“ (kurz: „法治“). Wortwörtlich bedeutet dies aber „Regieren/Herrschaft durch Gesetze“. Dieses Konzept impliziert – anders als der Begriff der „Rechtsstaatlichkeit“ – nicht die Machtbegrenzung des Staates oder den Schutz der Individualrechte. Viel mehr verstehen Chinas Machthaber das Recht als Instrument, um ihre Herrschaft zu stärken. 1997 nahm die KPCh den Begriff „法治“ erstmals in ihren offiziellen Sprachgebrauch auf: „Regieren durch Gesetze“ ist ein Prinzip, wonach die Partei das Volk führt und den Staat regiert. Dies ist eine sachliche Notwendigkeit der sozialistischen Marktwirtschaft. [...] Dadurch wird die Stabilität des Staates gesichert.“³

Diese funktionsorientierte Rechtsauffassung ist in der chinesischen Tradition verwurzelt. So vertraten vor über 2.000 Jahren legalistische Philosophen (法家) ein Staatsideal, in dem alle Macht auf den Herrscher konzentriert war. Ihnen zufolge sollte der Herrscher seine Macht durch Gesetze sichern und die Bevölkerung – die als potenzieller Unruhestifter gesehen wurde – züchtigen. Es hieß, ein schwaches, gehorsames Volk sei die Voraussetzung für einen starken Staat (强国弱民). Diese Denkweise hat Chinas Rechtsverständnis seit jeher geprägt.

2.2 Rechtsaufbau nach 1978 – „Schnelligkeit statt Genauigkeit“

Vom Ende der 1950er bis Mitte der 1970er Jahre herrschte in China ein rechtloser Zustand. Maos „Rote Garden“ zerschlugen institutionelle Einrichtungen wie Gerichte und Staatsanwaltschaften. Der Rechtsanwaltsberuf wurde verboten. Im Zuge der Reform- und Öffnungspolitik begann die KPCh den Prozess der Rechtskodifizierung. Chinas damalige Führung war in der Kulturrevolution selbst Opfer der Rechtlosigkeit gewesen.

Sie hatte ein starkes Interesse daran, das Justizsystem wieder als ein funktionierendes Herrschaftsinstrument zu etablieren. Erforderliche Gesetze sollten vor allem „schnell und nicht genau“ (宜粗不宜细) geschrieben werden, sagte Deng Xiaoping Ende der 1970er Jahre. 1979 erließ der Nationale Volkskongress innerhalb eines Monats sieben Grundlagengesetze, darunter das Strafrecht, das Strafprozessrecht sowie Statute für Volksgerichtshof und Staatsanwaltschaft.

Ab Mitte der 1980er Jahre verlagerte die chinesische Führung den Schwerpunkt der Gesetzgebung auf die Wirtschaft. Denn ökonomische Reformen seien „die überragende Aufgabe der Partei und des Staats“, so Deng Xiaoping 1985. In den 1990er Jahren konzentrierte sich die KPCh darauf, eine „sozialistische Marktwirtschaft“ aufzubauen und Chinas Eintritt in die WTO vorzubereiten. So wurde die Wirtschaftsgesetzgebung seinerzeit zur wichtigsten Aufgabe des Nationalen Volkskongresses. Der chinesische Rechtswissenschaftler Li Lin teilte 2009 die bestehenden Gesetze in sieben Bereiche (s. Übersicht 2). Li stellte fest, dass wirtschaftsrelevante

Gesetze wie Wirtschafts-, Handels- und Gesellschaftsrecht in der chinesischen Gesetzgebung überwiegen.⁴

3 Rechtsbewusstsein in der Bevölkerung

Der Prozess der Rechtskodifizierung hat maßgeblich zum chinesischen „Wirtschaftswunder“ beigetragen. Doch die alte Herrschaftsphilosophie von einem „starken Staat“ und einem „schwachen Volk“ lässt sich nicht mehr aufrechterhalten. Denn im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung verfügt Chinas Bevölkerung zunehmend über eine bessere Ausbildung und mehr Wohlstand. Bürger beanspruchen daher das Rechtssystem immer häufiger als Mittel zum Schutz *ihrer* Interessen gegenüber dem Staat. Sie fordern, dass auch die Staatsgewalt durch Gesetze beschränkt wird. Ein solches Rechtsbewusstsein hat es in der chinesischen Geschichte nie gegeben. Aufgrund der gewaltigen sozio-ökonomischen Herausforderungen und Wandlungsprozesse birgt dieses Rechtsbewusstsein ein gewaltiges Konfliktpotential: Der „Schutz von Rechtsansprüchen“ (维权) steht seit den 1990er Jahren zunehmend im Zentrum sogenannter „Massenkonflikte“ (群体性事件). Nach offiziellen Angaben gibt es pro Jahr mehr als 100.000 solcher Vorfälle.

Übersicht 2: Thematische Zuordnung der 2009 in Kraft befindlichen Gesetze (nach Li Lin 2009, s. Endnote 4)

	Verfassungsrecht	Verwaltungsrecht	Wirtschaftsrecht	Handels- und Gesellschaftsrecht	Sozialrecht	Strafrecht	Verfahrensrecht
Zahl	39	79	54	32	17	1	7
Anteil	17,0%	34,5%	23,6%	14,0%	7,4%	0,4%	3,1%

3.1 „Privateigentum ist unantastbar“ – Bürger fordern Abwehrrechte ein

Die ersten Proteste zum „Schutz von Rechtsansprüchen“ kamen in den 1990er Jahren in ländlichen Regionen auf. Dabei spielte dem chinesischen Rechtsexperten Yu Jianrong zufolge die sogenannte „Elite der Rechtsverteidigung“ (维权精英) unter den Bauern eine führende Rolle. Bei diesen Eliten handelt es sich meist um besser gebildete männliche Dorfbewohner, die in der Lage sind, Gesetze und Partei- bzw. Regierungspapiere zu lesen, zu verstehen und die Stellen zitieren, die die Interessen der Bauern untermauern und damit Proteste legitimieren. In der Anfangsphase kämpften Dorfbewohner hauptsächlich gegen willkürlich erhobene Steuern oder Veruntreuung öffentlicher Gelder durch lokale Regierungen.

Als die Zentralregierung 2005 sämtliche Agrarsteuern abschaffte, setzte dies ländlichen Protesten jedoch kein Ende. Vor allen Dingen um Landnutzungsrechte entfachen sich weiterhin Konflikte zwischen Bauern und Lokalregierungen. Oftmals kommt es zu tagelangen, gewalttätigen Auseinandersetzungen.

Hintergrund dieser Entwicklungen ist der gewaltige Urbanisierungsprozess, den die chinesische Regierung seit zwei Jahrzehnten vorantreibt. Der Verkauf von Boden ist inzwischen eine der wichtigsten Einnahmequellen lokaler Regierungen (in man-

chen Regionen machen sie 70 Prozent der Gesamteinnahmen aus). Gesetze und Bestimmungen zum Bodenrecht auf dem Land enthalten viele Unklarheiten und Widersprüche.

Eines ist jedoch allen Verordnungen gemein: Regierungsstellen haben die Macht, Land von Bauern im Namen des „öffentlichen Interesses“ zu beschlagnahmen. Dabei können lokale Behörden die Höhe der Entschädigung der Betroffenen selbst festlegen. Als aktive Bewirtschafter von Land sind Bauern von den Entscheidungsprozessen der Regierung ausgeschlossen.

Der Rechtsexperte Yu Jianrong hat in den vergangenen Jahren eine Veränderung des Charakters ländlicher Proteste von einem „Kampf durch Recht“ (依法抗争) zu einem „Kampf um Recht“ (以法抗争) beobachtet.⁵ Es gehe nicht mehr um einzelne, konkrete Paragraphen, sondern um Recht als abstrakten Wert.

Streitigkeiten um Grundstücke sind auch ein Hauptgrund für Proteste in Städten. Mit wachsendem Wohlstand ist dort eine Mittelschicht entstanden, deren Vermögen zum Großteil in Immobilien steckt. Laut chinesischer Studien sind 90 Prozent des städtischen Wohnraums in privatem Besitz. Dabei gehört der Boden dem Staat, die Wohnungseigentümer verfügen lediglich für 70 Jahre über das Nutzungsrecht an Grund und Boden. Auch in städtischen Regionen dürfen lokale Regierungen Woh-

nungsbesitzern das Bodennutzungsrecht entziehen, sofern ein „öffentliches Interesse“ vorliegt. In den meisten Fällen werden die betroffenen Gebäude dann zwangsweise abgerissen (强拆). Auch hier bestimmen die zuständigen Behörden (oft die Straßenverwaltung des entsprechenden Wohnbezirks (街道办事处) die Höhe der Entschädigungen.

Im Vergleich zu den Bauern ist die chinesische Mittelschicht besser ausgebildet, verfügt über eine bessere Rechtskenntnis und leichteren Zugang zu den Medien. 2007 kursierte im Internet das Foto des sogenannten „Nagelhauses“ (钉子户) aus der Stadt Chongqing.



Quelle: Flickr, [Andre Pan](#)

„Nagelhaus“-Proteste – Der Fall Chongqing 2007

Ein Wohnhaus sollte für den Bau eines modernen Einkaufszentrums weichen. Die Eigentümer waren mit der vorgeschlagenen Entschädigungssumme nicht einverstanden und verteidigten ihr Haus hartnäckig. Bald stand das Gebäude als einziges inmitten einer riesigen Baugrube. Die Eigentümer „schmückten“ das Haus mit großen Bannern, auf denen zu lesen war: „Das legale Privateigentum der Bürger ist unantastbar“ und „Der Staat soll Menschenrechte respektieren und schützen“. Während der Mann auf dem Dach die Nationalflagge schwenkte, gab die Frau vor dem Haus Interviews, stets mit einer Ausgabe der Verfassung in der Hand. Diese einer Performance gleichende Aktion begeisterte die Medien. Die große öffentliche Aufmerksamkeit gab den Protestierenden einen gewissen Schutz. So ordnete das lokale Gericht den Zwangsabriss zwar an, vollstreckte ihn jedoch nicht. Das Ehepaar erhielt schließlich eine höhere Entschädigung.

Der Protest des Ehepaares war über Wochen Topthema in Medien und öffentlichen Debatten.

Auf das „Nagelhaus“ in Chongqing folgten ähnliche Proteste, die oft tragischer endeten: Verzweifelte Eigentümer versuchten mit Selbstverbrennungen den Zwangsabriss ihrer Häuser zu stoppen. 2011 änderte der Staatsrat die gesetzlichen Bestimmungen zur Zwangsenteignung in der Stadt: Unter anderem sollte eine Entschädigung nicht mehr auf Basis der Anzahl der Bewohner des Hauses, sondern nach „Schätzung des Marktwertes“ erfolgen. Doch die gewalttätigen Auseinandersetzungen um Eigentum nehmen weiter zu.

Die Akademie der Sozialwissenschaften kritisiert in ihrem „Blaubuch zur Rechtslage 2012“, dass der Verweis auf „öffentliches Interesse“ der Regierung eine „nahezu uneingeschränkte Verfolgung ihrer wirtschaftlichen Interessen ermöglicht. [...] So werden unweigerlich Individualrechte verletzt.“⁶

3.2 Umsetzung des Transparenzgesetzes gefordert

Anfang 2003 versetzte die Lungenepidemie SARS das ganze Land in Aufregung. Chinesische Bürger waren schockiert darüber, dass die Zentralregierung zu Beginn der Epidemie Informationen zurückhielt und somit zur Verbreitung der Krankheit beitrug. 2013 schrieben chinesische Medien, dass SARS ein „wichtiges Erbe“ hinterlassen habe: Über die Bedeutung von Informationstransparenz (信息公开) bestehe nunmehr in China allgemeiner Konsens. Mittlerweile hat sich der Begriff im alltäglichen Sprachgebrauch etabliert.

2007 verabschiedete der Staatsrat die „Bestimmungen über die Offenlegung von Informationen der Regierung“ (中华人民共和国信息公开条例). Ihnen zufolge sind Behörden verpflichtet, auf Nachfrage von Bürgern Sachinformationen offenzulegen, wenn dadurch „die Staatssicherheit, öffentliche Sicherheit, ökonomische Sicherheit und die gesellschaftliche Stabilität“ nicht gefährdet wird. Diese

Einschränkung nutzen jedoch viele Regierungsstellen als Vorwand, um Anfragen unbeantwortet zu lassen.

Im April 2014 veröffentlichte die chinesische Nichtregierungsorganisation „Zhongyixing“ (众一行) einen Bericht über die Umsetzung dieser Bestimmungen. Dabei überprüfte die Organisation landesweit 260.000 Anfragen an unterschiedliche Verwaltungsstellen. Die Initiatoren des Berichts stellten fest, dass nur auf die Hälfte der Anfragen eine Reaktion folgte. In etwa 5.000 Fällen klagten Bürger, nur sieben Prozent der Klagen waren erfolgreich.⁷ Offensichtlich herrscht zwischen der Gesellschaft und den Behörden doch kein Konsens hinsichtlich der Bedeutung von Informationstransparenz. Viele Rechtsanwälte und Rechtswissenschaftler versuchen trotzdem, durch eigene Anfragen Bürger auf ihre Rechte aufmerksam zu machen und die Regierung unter Druck zu setzen.

Zum Beispiel fordert der Shanghaier Anwalt Yan Yiming seit 2009 das Finanzministerium jährlich dazu auf, den staatlichen Haushaltsplan zu veröffentlichen. 2013 verlangte der Anwalt Dong Zhengwei aus Beijing die Offenlegung der Daten zur landesweiten Bodenverschmutzung. Das Umweltministerium lehnte Dongs Anfrage mit der Begründung ab, diese Informationen seien ein Staatsgeheimnis. Ein Jahr später veröffentlichte dasselbe Ministerium dann einen Bericht zu diesem Thema.

3.3 *Professionalisierung juristischer Berufsgruppen*

Nach Ende der Kulturrevolution musste China bei der Ausbildung juristischer Berufsgruppen wie Richtern oder Rechtsanwälten wieder bei null anfangen. Heute gibt es laut offiziellen Statistiken etwa je 200.000 Rechtsanwälte und Richter im Land. Während die Zentralregierung bei ihren jüngsten Justizreformen die Notwendigkeit einer Professionalisierung der Richter besonders betont, ist die Professionalisierung der Rechtsanwälte aus Sicht Beijings offensichtlich weniger drängend.

Ende der 1970er Jahre ernannte die Zentralregierung eine große Zahl ehemaliger Soldaten zu Gerichtsbeamten. Denn die ehemaligen Armeeangehörigen erfüllten das wichtigste Auswahlkriterium – politische Loyalität. Bis Ende der 1990er Jahre hat sich diese Situation nicht signifikant geändert. Der Rechtswissenschaftler He Weifang kritisierte dies 1998 in einem Zeitungsartikel scharf und forderte eine Professionalisierung der Richter. Diese Forderung war damals eine große Provokation für amtierende Richter. 1995 trat das Richtergesetz in Kraft und machte einen Fachschulabschluss (大专) bei Richtern obligatorisch. Zu dieser Zeit erfüllten nur sieben Prozent der amtierenden Richter diese Anforderung. Im Jahr 2000 waren es bereits 80 Prozent.⁸

Doch nach offiziellen Angaben haben über die Hälfte der Richter den Abschluss an speziell für die

Gerichtshöfe eingerichteten Fortbildungsinstitutionen erworben. Diese Ausbildung ist mit einem Studium nicht zu vergleichen.

Am Anfang gehörten Rechtsanwälte genau wie Richter zu „staatlichen Justizmitarbeitern“. Kanzleien unterstanden der Regierung. So konnten Anwälte von den Einnahmen der Kanzleien nicht profitieren. Die Privatisierung der Anwaltskanzleien 1993 markierte einen historischen Wendepunkt: Anwälte gründeten zahlreiche neue Kanzleien, und für Experten mit juristischer Ausbildung wurde der Rechtsanwaltsberuf attraktiv. Die Zahl der Anwälte hat sich von 1992 bis 1996 mehr als verdoppelt.⁹ Somit entstand eine neue Berufsidentität: Chinas Anwälte sind stolz auf ihre Profession und wünschen sich, dass sie ihren Beruf allein auf Basis des Gesetzes ausüben können. Doch in der Praxis müssen sie sich häufig mit Richtern, Staatsanwälten und Polizisten gutstellen, um die Interessen ihrer Mandanten erfolgreich zu vertreten. Chinesische Medien berichteten zudem wiederholt von Vorfällen, bei denen Rechtsanwälte von Richtern und Polizisten geschlagen wurden.

3.4 *Rechtsanwälte und Wissenschaftler als Bürgerrechtler*

Ende der 1990er Jahre formierte sich eine kleine Gruppe von „Anwälten für den Schutz von Rechtsansprüchen“ (维权律师), die einen wachsenden Ein-

fluss auf öffentliche Debatten nimmt. Diese Anwälte übernehmen juristisch und politisch sensible Fälle, kommunizieren dabei aktiv mit Journalisten und nutzen soziale Medien, um öffentliche Aufmerksamkeit zu generieren. Vor diesem Hintergrund verschärfte der Nationale Anwaltsverband im Juni 2014 seinen Verhaltenskodex. Auf Basis dieses Kodex überprüft der Verband jährlich die Lizenzen aller Anwälte. Vielen engagierten Anwälten wurde bereits Berufsverbot erteilt.

Gemeinsam mit Rechtsanwälten diskutieren auch Rechtswissenschaftler über juristische Fragen in der Öffentlichkeit. Sie werden als „öffentliche Intellektuelle“ (公共知识分子) bezeichnet, die sich nicht in den Elfenbeinturm zurückziehen, sondern die aktuellen Gesellschaftsprozesse mitgestalten wollen.

Ein Erfolg ihres Engagements war beispielsweise der sogenannte Sun-Zhigang-Fall 2003.

Der Fall Sun Zhigang und seine Wirkung 2003

Der Hochschulabsolvent Sun Zhigang aus der Provinz Hubei geriet bei seinem Aufenthalt in der Stadt Guangzhou in eine Ausweiskontrolle. Sun hatte weder eine temporäre Wohnervlaubnis noch seinen Personalausweis bei sich. Laut des damals gültigen „Aufnahme- und Repatriierungssystems“ konnte die Polizei „Menschen ohne festen Wohnsitz“ festnehmen und an ihren Heimatort zurückschicken. Sun starb später durch Misshandlungen der Polizei. Daraufhin schrieben mehrere Rechtswissenschaftler offene Briefe an den Nationalen Volkskongress. Sie verlangten die Etablierung eines Verfahrens, das Gesetze auf ihre Verfassungswidrigkeit überprüft und gegebenenfalls abschafft. Um dieser Forderung auszuweichen, schaffte der Staatsrat noch im selben Jahr das Gesetz ab.

Der Fall war zudem ein wichtiger Meilenstein für die Menschenrechtsentwicklung in China. 2004 nahm der Nationale Volkskongress den Schutz der Menschenrechte zum ersten Mal in die Verfassung auf. Seit 2003 haben Rechtsexperten wiederholt in den Medien Diskussionen angestoßen und auf diese Weise Druck auf die Regierung ausgeübt. Die Forderungen der Experten gehen über die Umsetzung bestehender Gesetze weit hinaus: Die Rechtslage soll durch Abschaffung existierender Gesetze oder durch neue Gesetzgebung verbessert werden.

Im Jahr 2012 enthüllten Netizens überall in China die Vermögen lokaler Kader – besonders deren Immobilienbesitz. Rechtswissenschaftler und Anwälte nutzten diese Stimmung und forderten die Regierung auf, endlich den Gesetzesentwurf zur Offenlegung der Kadervermögensverhältnisse voran zu treiben. Seit den 1990er Jahren steht dieses Gesetz auf der Agenda des Nationalen Volkskongresses.

Die neue Führung um Xi Jinping betont oftmals, dass sie die parteiinterne Korruption in den Griff bekommen müsse, anderenfalls bedeute dies „den Untergang von Partei und Staat“. Seit 2013 hat die Disziplinungskommission der Partei ihre Macht ausgeweitet und setzt in einem schwindelerregenden Tempo Funktionäre unter dem Vorwurf der Korruption fest. Die Untersuchung der Fälle ist intransparent und liegt allein in der Hand der Partei.

Nachdem die Disziplinungskommission dem betroffenen Kader eine Schuld **zugewiesen** hat, wird dieser aus der Partei ausgeschlossen. Erst dann kann die Staatsanwaltschaft die strafrechtliche Verfolgung übernehmen. Somit ist die Strategie der neuen Anti-Korruptionskampagne klar: Mit Härte will die Parteiführung einerseits die Kader einschüchtern und andererseits die Unzufriedenheit der Bürger besänftigen. An einer transparenten, auf dem Recht basierenden Korruptionsbekämpfung durch unabhängige Gerichte hat die KPCh kein Interesse.

4 Ausblick: Konfliktpotenzial nimmt zu

Die Kommunistische Partei hat den Ausbau der Rechtsinstitutionen zur Stützung der wirtschaftlichen Modernisierung seit den 1980er Jahren aktiv betrieben.

Die gleichzeitige Mehrung von Privateigentum, Bildungsstand und Rechtsbewusstsein rief in Chinas Bevölkerung anfangs nur verstreute, inzwischen aber unüberhörbare und breit verankerte Forderungen nach dem Schutz individueller Rechte hervor. Immer mehr Bürger fordern Abwehrrechte gegenüber irregulären staatlichen Maßnahmen.

Chinas gegenwärtige politische Führung sieht durch das gewachsene Rechtsbewusstsein unter den Bürgern die Macht der Partei gefährdet. Im Vorfeld des 18. Parteitags (2012) identifizierten offizielle Parteimedien unter anderem „Anwälte, die

sich für den Schutz von Rechtsansprüchen einsetzen“, aber auch unabhängige Meinungsführer im Internet als besonders gefährliche Bevölkerungselemente.¹⁰

Die Interessengegensätze in der Weiterentwicklung des Rechtssystems – einerseits zwischen Partei und Justiz, andererseits zwischen Partei und Bürgern, die sich in ihren Rechten verletzt sehen – treten gegenwärtig bereits deutlich zu Tage. Wenn die Regierung Forderungen nach glaubwürdigen Abwehrrechten und gesicherten Rechtswegen nicht nachkommt, werden Konflikte auch in Zukunft außergerichtlich ausgetragen. Soziale Proteste werden folglich weiter zunehmen. Korrekturen am Immobilienmarkt oder eine Bankenkrise mit negativen Auswirkungen auf das Vermögen und die Sicherheit von Chinas Mittelschicht könnten hierfür Auslöser sein.

Ansprechpartnerin für diesen China Monitor:

Zhu Yi

yi.zhu@merics.de

Impressum:

Mercator Institute for China Studies
Klosterstraße 64
10179 Berlin
Tel: +49 30 3440 999 – 0
Mail: info@merics.de

www.merics.org

¹ Vgl. Freedom House: Freedom in the World 2014/ China, <http://www.freedomhouse.org/report/freedom-world/2014/china-0#.U8kghrFD2Nk> und Human Rights Watch: World Report 2014/ China, <http://www.hrw.org/world-report/2014/country-chapters/china>, Zugriff: 30. Juli 2014.

² Zum Beispiel haben Polizeibehörden im Vorfeld des 25. Jahrestags der Protestbewegung des 4. Juni 1989 landesweit mehrere Bürgerrechtler wegen „Erregung öffentlichen Ärgernisses“ (涉嫌寻衅滋事罪) festgenommen. Unter den Verhafteten war auch der prominente Rechtsanwalt Pu Zhiqiang. Pu wurde noch 2013 wegen seines Engagements zur Abschaffung des Systems der „Umerziehung durch Arbeit“ (劳教) von chinesischen Medien zur „Person des Jahres im Rechtsbereich“ gewählt.

³ Jiang, Zemin 江泽民: 中国共产党第十五次全国代表大会上的报告 (Bericht auf dem 15. Parteitag der KPCh), 12. September 1997, <http://cpc.people.com.cn/GB/64162/64168/64568/65445/4526289.html>, Zugriff: 30. Juli 2014.

⁴ Vgl. Li, Lin 李林 (2009): 改革开放 30 年与中国立法发展, 北京联合大学学报 (30 Jahre Reform-und Öffnungspolitik und die Entwicklung der Gesetzgebung in China). In: Journal der Beijing Lianhe Universität, Vol.7/Bd.1/2009. Zahlen der Tabelle durch Autorin gerundet.

⁵ Vgl. Yu, Jianrong 于建嵘(2010): 抗争性政治 中国政治社会学基本问题 (Protestpolitik: Grundfragen der chinesischen politischen Soziologie), Beijing: Renminchubanshe.

⁶ Li, Lin 李林 (2013): 法治蓝皮书:中国法治发展报告 No.11 (Annual Report on China's Rule of Law. No.11) (2013). Beijing: Social Sciences Academic Press (China), S. 67.

⁷ Vgl.: Zhuang, Qinghong 庄庆鸿 (2014): 26 万多份政府信息公开申请, 5 成多得到回复 (Von 260,000 Anträgen an die Behörden nach Informationen bekommen die Hälfte Rückmeldung). In: China Youth Daily, 1.5.2014, S. 4.

⁸ Vgl.: Zhu, Jingwen (ed.) 朱景文 (2013): 中国人民大学中国法律发展报告 2012-中国法律工作者的职业化 (Renmin University of China. Report on China Law Development 2012. Professionalization of China's Legal Workers), Beijing: Renmindaxue chubanshe, S. 106-107.

⁹ Ebenda, S. 230.

¹⁰ Vgl. Yuan, Peng 袁鹏 (2014): 中国真正的挑战在哪里 (Wo liegen die richtigen Herausforderungen für China) In: 人民日报海外版 (People's Daily Overseas Edition) 31.7.2014, S. 1.